

Kuntze, Oscar-Erich

Article

Belgien: Günstige Konjunktorentwicklung bei fortgesetzter Stabilisierung von Wirtschaft und politisch-sozialem Umfeld

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kuntze, Oscar-Erich (2004) : Belgien: Günstige Konjunktorentwicklung bei fortgesetzter Stabilisierung von Wirtschaft und politisch-sozialem Umfeld, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 57, Iss. 05, pp. 42-50

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/164030>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Belgien: Günstige Konjunktorentwicklung bei fortgesetzter Stabilisierung von Wirtschaft und politisch-sozialem Umfeld

42

Oscar-Erich Kuntze

Relativ günstige Wirtschaftsentwicklung 2003. Fortsetzung der konjunkturellen Erholung 2004 und 2005. Geldpolitik wirkt bis ins Jahr 2005 hinein expansiv. Finanzpolitik bleibt etwa konjunkturalneutral und konsolidierungsorientiert. Steueramnestie 2004. Bremsende Wirkung der Euro-Aufwertung lässt allmählich nach. Anhaltend hohe Überschüsse der Leistungsbilanz. Moderat steigende Verbraucherpreise. Zunächst noch hohe Arbeitslosigkeit.

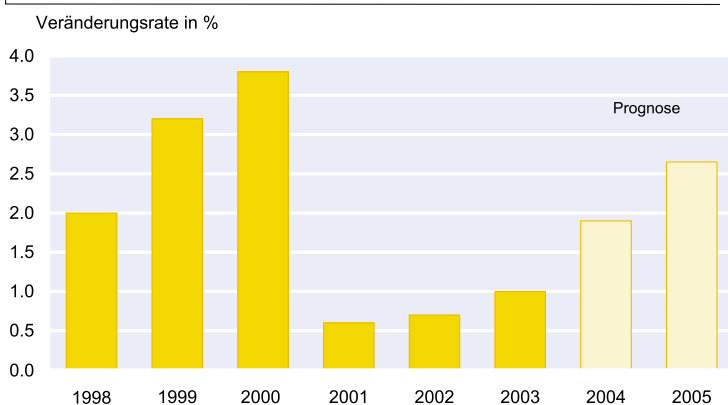
Das soziale und politische Umfeld präsentiert sich, wie bereits seit einiger Zeit, recht ruhig im Vergleich zu den siebziger, achtziger und frühen neunziger Jahren. Die seit über 30 Jahren laufende Staatsreform ist weitgehend abgeschlossen, die neuen Strukturen festigen sich. Damit wurde freilich auch die ethnische Trennung zwischen Flamen und Wallonen fortgesetzt, und durch die Übertragung wichtiger Funktionen an die drei Regionen Brüssel, Flandern und Wallonien ist es oft genug schwerer geworden, Entscheidungen von nationalem Interesse zu fällen. Insgesamt klingen die zeitweise den Zusammenhalt des Staates bedrohenden Spannungen zwischen den Volksgruppen weiter ab. Der unter dem Begriff »Sprachenstreit« höchst unzureichend umrissene Kulturkampf zwischen Flamen und Wallonen, der das Land in den siebziger und frühen achtziger Jahren in eine schwere Krise gestürzt und infolge der massiv steigenden Staatsverschuldung auch die wirtschaftlichen Grundlagen gefährdet hatte, ist mittels einer in Europa einmaligen Föderalisierung in beherrschbare Formen geleitet worden. Das seit 1948 entwickelte, spezifisch belgische

Miteinander von Regierung, Gewerkschaften und Unternehmensverbänden besteht zudem weiter und behält seine in vielerlei Hinsicht stabilisierende Funktion, da die – wie u.a. in Österreich – traditionell starke politische und gesellschaftliche Position der Sozialpartner gewahrt werden konnte. In dem früher verschiedentlich von Skandalen und damit sichtbar gewordenen gesellschaftlichen Verfilzungen geprägten Land hat sich vieles verbessert.

Dies zeigt sich auch an den laufenden bzw. in einigen Monaten anlaufenden **Gerichtsverfahren** Cools und Dutroux. Beide Fälle hatten die Bevölkerung tief und anhaltend aufgewühlt und durch den schleppenden und undurchsichtigen Gang der Ermittlungen das ohnehin schwache Vertrauen in die staatlichen Instanzen nachhaltig erschüttert. Bei erstem handelt es sich um den 1991 ermordeten einstigen Vorsitzenden der wallonischen Sozialisten. Im Laufe der Untersuchungen kamen Verbindungen zur Unterwelt, sowie Schmiergeld-, Parteipenden- und Korruptionsaffären ans Licht, die im Zusammenhang mit der mit dem Niedergang der belgischen Montanindustrie und damit Walloniens entstandenen moralischen Krise zu sehen ist. Bei Dutroux handelt es sich um einen Mörder und Kinderschänder, dessen Fall undurchsichtige Verbindungen zu Staatsverwaltung und Justiz erkennen ließ und zum Auslöser einer Polizei- und Justizreform wurde.

Ansatzweise regt sich wieder **Vertrauen in die öffentlichen Institutionen** sowie allgemeines Interesse an der Politik. Dies alles fand seinen Widerhall auch in der zunehmenden Stabilität auf der parlamentarischen Ebene. So konnte die von dem umtriebigen, populären und energischen Ministerpräsidenten Verhofstadt geführte Regierung 1999/2003 fast die gesam-

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

te Legislaturperiode durchstehen – für belgische Verhältnisse über Jahrzehnte hinweg durchaus ungewöhnlich. Aus den Wahlen zum belgischen Parlament im Mai 2003 gingen die beiden, sie wesentlich tragenden großen Parteien (Liberalen und Sozialisten mit je einem flämischen und einem wallonischen Flügel) gestärkt hervor. Sie regieren seither, gestützt auf eine noch breitere parlamentarische Basis ohne die Grünen, welche sich während der letzten Legislaturperiode als extrem unbotmäßiger Regierungspartner gezeigt und dafür von den Wählern ebenso extrem abgestraft worden waren. Die jahrzehntelang politisch dominierenden Christdemokraten haben sich in der Opposition programmatisch und personell noch nicht ausreichend regeneriert. Gleichwohl konnten sie in Flandern, jüngsten Umfrageergebnissen zufolge, den flämischen Zweig der Liberalen (VLD) bezüglich Popularität überrunden. Auch die rechtsgerichteten Parteien Vlaams Bloc und Front National konnten bis zuletzt zulegen.

Das **Kabinett Verhofstadt II** war von einer bisher kaum gewohnten Stabilität geprägt. Diese wurde jedoch unlängst geschwächt durch Irritationen innerhalb der Liberalen Partei Flanderns (VLD) des Premierministers im Zusammenhang mit dem geplanten neuen kommunalen Wahlrecht von Nicht-EU-Bürgern. Das Miteinander der auf Wirtschaftsreformen drängenden Liberalen sowie den an der Spitze personell verjüngten und glaubhaft reformierten Sozialisten ist trotz kontroverser Auffassungen in Einzelfällen von konsensuellem Willen zu Wirtschaftsreformen unter Wahrung der sozialen Kohärenz geprägt. So kann damit gerechnet werden, dass die Regierung, gestützt auf ausreichende Mehrheiten in beiden Kammern des Parlaments die volle Legislaturperiode durchstehen kann, trotz gelegentlicher innerparteilicher Querelen, anhaltend großer regionaler wirtschaftlicher Unterschiede, ethnischer Spannungen und nach wie vor stärker als in anderen westeuropäischen Ländern auf die Volksvertretung einwirkenden Interessen von Parteiorganisationen und wohlorganisierten Interessengruppen.

Dies gilt auch trotz der im vergangenen Herbst wieder stärker aufgeflamten **Streiktätigkeit**, wie sich an den Arbeitskämpfen bei den Ford-Werken Genk und bei der Post in Lüttich zeigte. In beiden Fällen handelte es sich nicht um die früher üblichen Lohnstreiks oder politisch motivierte Ausstände, was eine Gefährdung der korporatistischen Einkommenspolitik bedeutet hätte. Die Arbeitsniederlegungen richteten sich vielmehr gegen den geplanten Abbau von Arbeitsplätzen.

Besondere Bedeutung haben im laufenden Jahr **verschiedene Wahlen**. Sie werden auch darüber Aufschluss geben, inwieweit die gesamtbelgische Regierung mit ihrer Wirtschaftspolitik Rückhalt bei der Bevölkerung findet. Das Europäische Parlament wird neu bestellt, Neuwahlen bei den drei Teilparlamenten stehen an; Gemeinderatswahlen sind

erst 2006 fällig, werden die öffentlichen Bauinvestitionen aber schon 2005 beeinflussen. Letztere wirken vor allem im Vorfeld immer anregend auf die öffentlichen Investitionen.

Wirtschaftspolitisch ist für das laufende Jahr und für 2005 Konstanz wahrscheinlich, gerichtet auf die weitere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, die Fortsetzung der Strukturreformen (u.a. beim Arbeitsrecht), Straffungen bei der Rentenversicherung sowie weiteren Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes. Dabei dürfte die Finanzpolitik etwa neutral auf die Konjunktur wirken, während die Lohnpolitik weiterhin auf moderate Anhebungen der Arbeitsentgelte abzielt, um auch auf diese Weise die Beschäftigung – eine der wirtschaftspolitischen Prioritäten – zu stützen.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,1%. In **Japan** übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2002 um $2\frac{3}{4}\%$. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr $3\frac{1}{2}\%$. In **Westeuropa** und in der EU nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um $\frac{3}{4}\%$ zu, im Euroraum stieg es um $\frac{1}{2}\%$, und in Deutschland blieb es gegenüber 2002 unverändert. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,7 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 13%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber dem Jahr 2002 auf Dollar-Basis um etwa 14%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 1,13 US-Dollar, was gegenüber 2002 eine Aufwertung um 19,7% bedeutet; 2001 wurde der Tiefstand des Euro mit 0,90 US-Dollar-Cent registriert. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2002 in einer Größenordnung von 5% expandiert.

Die **belgische Wirtschaft** hat die westeuropäische Wachstumsflaute dank pragmatischer, die Inlandsnachfrage stützender Wirtschaftspolitik und guter internationaler Wettbewerbsfähigkeit überraschend gut überstanden. Zwar dämpfte auch hier die kräftige Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar den Export, doch waren die unmittelbar bremsenden Effekte infolge der weitestgehend auf Europa konzentrierten Exporte sehr begrenzt; andererseits profitierte z.B. die stark ausgebaute Basischemie von den gesunkenen Einstandspreisen für auf Dollar-Basis notierte Rohstoffe. Die retardierenden Einflüsse des Irak-Konflikts und des hieraus resultierenden weltweit schwachen Wirtschaftswachstums, des kräftigen Ölpreisanstiegs zu Jahresbeginn sowie von SARS waren indes auch hier sehr spürbar. Der Preisauftrieb blieb mit 1,5% im Vorjahresvergleich (Konsumentenpreise gemäß HVPI) moderat; seit dem Frühjahr war

das Preisniveau tendenziell fast stabil. In Relation zum BIP konnte die öffentliche Hand sogar einen leichten Finanzierungsüberschuss erzielen und die Staatsverschuldung weiter reduzieren; in allen anderen westeuropäischen Ländern gingen die Aktivsalden entweder zurück, oder die Defizite nahmen zu. Allerdings verschlechterte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt auch hier deutlich; bei sinkender Beschäftigung vor allem in der verarbeitenden Industrie stieg die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 8¹/₄%. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** expandierte um ca. 1% – eine Rate, die über dem westeuropäischen Mittel liegt. Dahinter steht eine Stagnation im ersten Halbjahr, welcher eine deutliche Belebung während der zweiten Jahreshälfte folgte. Getragen wurde das Wachstum vom privaten und öffentlichen Verbrauch, während Bruttoanlageinvestitionen (dank steigenden Wohnbauinvestitionen) und Exporte etwa den vorjährigen Volumina entsprachen. Da auch der Import fast unverändert blieb und die Terms of Trade günstiger geworden waren, wies die Leistungsbilanz vermutlich (die vorläufigen Angaben sind in diesem Falle noch unzuverlässiger als die meisten anderen Daten) wiederum einen deutlichen und gegenüber 2002 erhöhten Überschuss aus.

Der **private Konsum** hat um etwa 1¹/₂% zugenommen und damit nicht nur stärker als allgemein erwartet, sondern auch etwas lebhafter als im westeuropäischen Durchschnitt. Dies, obwohl die Beschäftigung nochmals gesunken ist und die Arbeitslosigkeit stieg. Außerdem sind die Lohnerhöhungen und damit die Reallohnsteigerungen erneut zurückgegangen, und zwar deutlich. Schwerer wogen indes die Senkung der Einkommensteuer, wobei es sich als günstig erwies, die Bezieher niedriger Einkommen mit ihrer hohen marginale Konsumquote zu bevorzugen. Außerdem ist die Sparquote um etwa einen Prozentpunkt niedriger gewesen als 2002. Die Verbraucher haben also, wohl mit Blick auf die für 2004 vorgesehenen weiteren Steuererleichterungen und spürbar höheren Reallohnsteigerungen, mit einer Veränderung der Sparquote auf die geringere Zunahme der Arbeitseinkommen reagiert, auch weil in den beiden Vorjahren offensichtlich Anschaffungen aufgeschoben worden waren, wie das schwache Verbrauchswachstum zeigt. Auch wirkte sich der Aufschwung im Wohnungsbau nach vorangegangener Rezession günstig aus. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte um 1³/₄% und damit am stärksten aller großen Nachfragekomponenten ausgeweitet worden sein. Trotz konsolidierungsorientierter Finanzpolitik wurden u.a. die Maßnahmen zur Stimulierung der Beschäftigung verstärkt.

Das Volumen der **Bruttoanlageinvestitionen** ist gegenüber 2002 annähernd unverändert geblieben. Im Verlauf hat sich die seit dem zweiten Quartal 2002 zu beobachtende Stagnation bis zur Jahresmitte fortgesetzt, gefolgt von einer allmählichen Belebung. Angesichts der zunächst noch weiter unter den langfristigen Durchschnitt gesunkenen Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie, der laufen-

den starken Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, der zunächst ungeklärten Lage im Irak-Konflikt und der – Unternehmensbefragungen zufolge – bis zur Jahresmitte laufend verschlechterten Absatz- und Ertrags Erwartungen ist das kein schlechtes Resultat. Allerdings bedeuteten die weiter gesunkenen kurzfristigen und langfristigen Zinsen sowie die markant schwächer gestiegenen Lohnstückkosten eine beträchtliche Entlastung für die unternehmerische Ertragslage und damit für die Investitionsfähigkeit. Dies umso mehr, als in Belgien die Gewinne besonders eng mit den Investitionen korrelieren, weil die Innenfinanzierung erheblich ausgeprägter ist als in anderen westeuropäischen Ländern, was mit den vielen Tochterunternehmen ausländischer Firmen zusammenhängt. Günstig war auch, dass die Finanzinstitute bei der Risikoabwägung zwar vorsichtiger geworden sind, aber von einer ausgeprägten Kreditzurückhaltung keine Rede sein konnte, da ihre Ertragslage – etwa im Gegensatz zu deutschen Geschäftsbanken – dank der schon vor Jahren eingeleiteten strukturellen Bereinigungen durchaus befriedigend war. Hinzu kamen Nachholeffekte, da in den Jahren zuvor vor allem bei IT-Ausrüstungen stark gespart worden war. Zu Erweiterungsinvestitionen bestand indes kein Anlass – sehr wohl aber für Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wenigstens einigermaßen zu halten –, obwohl die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie nicht sehr stark unter den langfristigen Durchschnitt von rund 80% gefallen war. Das wirkte sich auch auf den industriell-gewerblichen Bau negativ aus, zumal die Mieten für Büros und Ladenlokale nur noch schwach gestiegen sind. Der Wohnungsbau, stimuliert von den niedrigeren Zinsen und als Reaktion auf die vorjährige Rezession, erholte sich kräftig. Demgegenüber hat die öffentliche Hand ihre Investitionen etwas eingeschränkt.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen hat etwa auf dem Niveau von 2002 stagniert. Entscheidend für diese Flaute war nicht so sehr die Euro-Aufwertung gegenüber dem US-Dollar, sondern die Konjunkturschwäche in Westeuropa, wo drei Viertel der Warenlieferungen und ein noch höherer Prozentsatz der Dienstleistungsausfuhr abgesetzt werden. Erschwerend wirkte sich bei der immer noch vorproduktlastigen Industriestruktur das weitere Abwärtsschwingen des europäischen Lagerzyklus aus. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit konnte jedoch gegenüber der westeuropäischen Konkurrenz annähernd gehalten werden. Da die **Einfuhr** vermutlich ebenfalls gegenüber dem Vorjahr annähernd etwa stagniert hat, die Terms of Trade jedoch deutlich günstiger wurden, hat sich der **Leistungsbilanzüberschuss** auf eine Größenordnung von 5¹/₄% weiter erhöht.

Auf dem **Arbeitsmarkt** hat sich die Lage weiter verschlechtert. Die Beschäftigung ist nochmals zurückgegangen; sie war in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre stetig ausgeweitet worden, bis dieser Prozess im vierten Quartal 2001

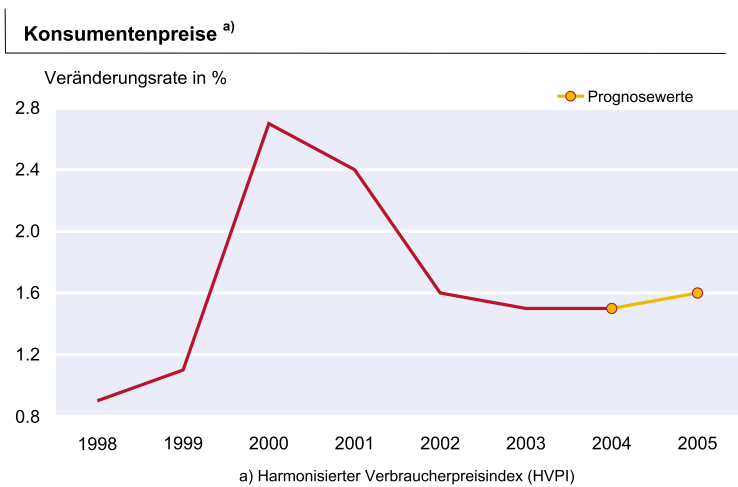
abrupt endete. Die Arbeitslosenquote nahm im Jahresdurchschnitt auf 8¹/₄% zu, obwohl sich die verstärkten beschäftigungspolitischen Maßnahmen auf die gefährdetsten Gruppen – ältere Arbeitnehmer, Jugendliche, weibliche Arbeitssuchende – konzentrierten. Auch war das Mindestalter für Frühpensionierungen von 55 auf 57 Jahre heraufgesetzt worden.

Der Preisauftrieb war nach dem ganz überwiegend auf den starken Ölpreisanstieg zu Jahresbeginn zurückzuführenden Teuerungsschub sehr gering. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) sind im Jahresdurchschnitt um 1,5% und damit schwächer als im Mittel der EU-Länder gestiegen. Stabilisierend wirkten die dann wieder sinkenden Ölpreise, die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar sowie die bei verlangsamtem Lohnanstieg deutlich verhaltener erhöhten Lohnstückkosten. Auch erlaubte der Wettbewerb im Allgemeinen keine Ausweitungen der Gewinnmargen. Und schließlich wurden keine indexrelevanten Steuern und Abgaben heraufgesetzt.

Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik wird sowohl im laufenden Jahr als auch 2005 ungefähr neutral auf die Konjunktur wirken. Während die Geldpolitik noch bis ins kommende Jahr hinein Impulse gibt, dürfte die Finanzpolitik neutral oder leicht restriktiv sein. Demgegenüber wird die Lohnpolitik heuer spürbar expansiver sein als 2003 und diese Linie im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs auch nächstes Jahr fortsetzen. Bremsend, wenn auch weniger als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern wirkt die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Allerdings nimmt der dämpfende Effekt sukzessive ab. Die seit Jahren laufenden Strukturreformen werden – auch bezüglich der Arbeitsgesetzgebung – in Richtung Flexibilisierung fortgesetzt. Verkehrspolitisch, mit erheblicher Relevanz für die Arbeitskosten, beginnt jetzt ein interessantes Experiment.

Die **Geldpolitik** stützt die Konjunktur bis in das Jahr 2005 hinein. Allerdings lässt die Intensität sukzessive nach. Zwar erfolgte die letzte monetäre Lockerung durch die Europäische Zentralbank (EZB) im Juni 2003 – als vermutlich letzter Schritt einer seit Mai 2001 zu beobachtenden Reihe von Zinssenkungen (damals war der Leitzins von 4,75 auf 4,5% herabgesetzt worden). Aber erstens wirken Zinsänderungen mit längerer Verzögerung. Zweitens ist ausreichend Liquidität vorhanden, selbst wenn man berücksichtigt, dass M3 in erheblichem Umfang Gelder enthält, die wegen der niedrigen Kapitalmarktzinsen und in Erwartung höherer Renditen kurzfristig angelegt und eigentlich dem langfristigen



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Kapital zuzurechnen sind. Die der EZB als wichtige Referenzgröße dienende Geldmenge M3 lag seit 1999 stets weit über dem Zielwert von 4,5% p.a. und übertraf 2003 das Vorjahresniveau um 8%. Drittens lagen die kurzfristigen Realzinsen (Dreimonatszinsen) während des zweiten Halbjahrs 2003 angesichts einer Teuerungsrate (HVPI) von 2,1% im Euroraum bei null, und sie dürften im laufenden Jahr nur geringfügig, 2005 allerdings wieder rascher steigen. Denn es ist im Zuge der konjunkturellen Erholung gegen Ende dieses Jahres mit einer Zinsanhebung durch die EZB zu rechnen zwecks Sicherung des mäßigen Preisauftriebs, neben M3 ihrem zweiten wichtigen Referenzwert (die Anstiegsrate der Konsumentenpreise soll »mittelfristig nahe 2%« liegen). Wegen der verzögerten Wirkung von Zinsänderungen würde die Konjunktur im Jahre 2005 selbst dann nicht wesentlich tangiert, wenn der Schlüsselzins im Laufe des kommenden Jahres weiter angehoben würde – nennenswert retardierend macht sich das erst 2006 bemerkbar. Auch die Kapitalmarktzinsen bleiben real noch einige Zeit niedrig, obwohl der Tiefpunkt des Zinszyklus im zweiten Quartal 2003 durchschritten worden war. Für **Belgien** sind die kurzfristigen Zinsen weder mit Blick auf das Wirtschaftswachstum, noch hinsichtlich des Preisanstiegs zu hoch. Wenn die Ausweitung der Buchkredite an den privaten Sektor erst seit verganginem Herbst nach vorangegangem Rückgang allmählich wieder rascher expandierten, so lag das nicht an einer Kreditklemme (die hiesigen Finanzinstitute haben ihre Strukturen bereits in Ordnung gebracht), sondern an der konjunkturbedingt schwachen Nachfrage verbunden mit einer nach den Erfahrungen mit der New-Economy-Blase verständlichen Zurückhaltung bei riskanten Engagements. Die Finanzierungsbedingungen bleiben für die Unternehmen trotz aufwärts tendierender kurz- und langfristiger Zinsen auch 2005 gut. Geld und Kapital ist genug vorhanden. Dies umso mehr, als die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weitere spürbare Fortschritte macht, was dämpfend auf die Zinsen öffentlicher Anleihen und damit auf die Langfristzin-

sen wirkt. Zudem dürften die Aktienkurse noch einige Zeit weiter steigen. Bremsend wirkt hingegen auch hier die weitere Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Diese hatte Anfang 2002 begonnen und sich fast durchgängig bis Ende 2003 fortgesetzt. Erst zuletzt war der Trend, vermutlich nur vorübergehend, unterbrochen worden. Nominal gewann der Euro gegenüber dem US-Dollar im Schnitt des Jahres 2002 um 5,6% und 2003 um 19,7%. Real effektiv ist die Aufwertung 2003 mit 11,3% allerdings sehr viel geringer ausgefallen.

Die **Finanzpolitik** setzt ihren auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte abzielenden Kurs erfolgreich fort, was umso mehr erstaunt, als beim Staatshaushalt 2003 ein Wirtschaftswachstum von 2,1% unterstellt worden war. Des Rätsels Lösung liegt zum überwiegenden Teil in der Übertragung des Pensionsfonds der Belgacom, dem in Belgien führenden Telecom-Unternehmen, an dem der Staat 50,1% der Anteile hält, auf den Staatshaushalt, womit diesem 3,6 Mrd. € oder 1,3% des BIP zuflossen. Ferner zahlt Belgacom jährlich 17,5% ihrer Lohnsumme. Im Gegenzug übernahm der Staat alle Pensionsverpflichtungen auch für jene Beschäftigten, die noch Beamtenstatus haben. Damit waren die Möglichkeiten »kreativer Buchhaltung« jedoch noch nicht ausgeschöpft. So wurde Belgacom genötigt, eine Sonderdividende auszuschütten. Und die Ende 2002 über Plan liegenden Steuereinnahmen wurden buchhalterisch auf 2003 übertragen. Zudem sind die Tabaksteuer und einige Gemeindesteuern heraufgesetzt worden. Auf diese Weise konnten die öffentlichen Haushalte nach einem insgesamt ausgeglichenen Budget 2002 im vergangenen Jahr in Relation zum BIP einen Überschuss von voraussichtlich 0,2% erwirtschaften, obwohl für private Haushalte und Unternehmen (Verringerung des Körperschaftsteuersatzes auf 40%, Abschaffung der »Krisensteuer«) Steuerentlastungen im Umfang von etwa 1,5 Mrd. € erfolgten und deutlich mehr für das Gesundheitswesen, die Justiz, die Polizei und die Entwicklungshilfe ausgegeben wurde. Ansonsten war die Ausgabenpolitik durch Sparsamkeit geprägt, wobei allerdings die dank nochmals gesunkener Zinsen weiter erheblich verringerten Aufwendungen für den Zinsendienst der Staatsschuld eine beträchtliche Rolle spielten. (Im Verhältnis zum BIP ist dieser netto auf 5,3% gesunken. 1990 hatte er noch 11,3% betragen.) Im Jahr 2004 kommt es zu einer weiteren Reduktion der Körperschaftsteuer – der gesamte Prozess zieht sich bis 2007 hin, und auch die Sätze für Sozialbeiträge der Unternehmen sinken heuer und 2005 um jeweils 0,2% des BIP. Nachdem die privaten Haushalte 2003 um 0,4% des BIP entlastet wurden, folgen heuer und 2005 nur noch geringe Erleichterungen. Die in den USA schon seit längerem praktizierte negative Besteuerung wurde eingeführt, um den Abstand zwischen Arbeitslosenunterstützung und Mindestlohn weiter zu verringern. Der heuer beginnende mittelfristige Eisenbahn-Investitionsplan wird den mit rund 5 Mrd. € hoch verschuldeten

SNCB/NMBS eine spürbare Ausweitung ihrer Investitionen erlauben. Die Aufwendungen für das Gesundheitswesen werden um preisbereinigt 4,5% aufgestockt. Außerdem werden die beschäftigungspolitischen Maßnahmen ausgeweitet auf der Basis eines Abkommens mit den Sozialpartnern, welches mittelfristig 60 000 neue Arbeitsplätze im Laufe der Jahre 2003/2007 vorsieht. Von einer Steueramnestie erhofft man sich zusätzliche Einnahmen im Ausmaß von 850 Mill. €; die Strafsteuersätze betragen 6 bzw. 9%. Zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1,4 Mrd. € oder 0,5% des BIP fallen noch aus der 2003 eingeleiteten Belgacom-Transaktion an. Solide finanziert wird also auch der Staatshaushalt 2004 nicht sein. Auch begünstigt durch die bessere konjunkturelle Lage sollten die öffentlichen Haushalte 2004 jedoch, wie budgetiert, zumindest ausgeglichen abschließen. Da das zugrunde gelegte Wirtschaftswachstum mit 1,9% eher vorsichtig angesetzt ist, könnte sogar ein Überschuss erwirtschaftet werden. Damit würde die öffentliche Bruttoverschuldung unter 100% des BIP sinken; der Höhepunkt war 1993 mit 138,1% verzeichnet worden. Insgesamt dürfte die Konjunktur von der Finanzpolitik keine Anstöße erhalten.

Die **Einkommenspolitik** ist in ihrem korporativistischen Grundmuster ein Spiegelbild des sich in Richtung auf verstärkte Konkordanz bewegenden politischen Systems. Sie orientiert sich weiterhin an der Lohnentwicklung in den angrenzenden kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften. Die seit 1994 im Zuge des gesamtwirtschaftlichen Sanierungskurses äußerst restriktive einkommenspolitische Linie auf der Grundlage staatlicher Vorgaben ist ab 1997 langsam gelockert worden. Ende 2000 einigten sich Regierung und Sozialpartner auf einen Sozialpakt für die Jahre 2001/2002. Derzeit läuft der **Accord Interprofessionnel 2003–2004**. Er sieht für beide Jahre insgesamt eine Erhöhung der Nominallöhne um durchschnittliche 5,4% vor. Hiervon dürfen die Branchentarifverträge der wirtschaftlichen Situation in den Unternehmen entsprechend etwas nach oben oder unten abweichen. 2003 betrug der Lohnanstieg mit Blick auf die flauere Konjunktur und die Einkommensteuersenkung 2 bis 2½%, also weniger als die Hälfte. Heuer wird der Ausgleich erfolgen, zu dem sich in der zweiten Jahreshälfte eine etwas erhöhte Wage-drift addiert. Nachdem sich die zweijährigen Sozialpakete bewährt haben, ist für die Jahre 2005/2006 mit einem neuen, den gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragenden Abkommen zu rechnen.

Die **Arbeitsmarktpolitik** hatte bereits 2002 auf die Osterweiterung der EU zum 1. Mai 2004 reagiert und klargestellt, dass man mit Blick auf die hohe Arbeitslosigkeit von den vertraglich zulässigen Möglichkeiten der Zugangsbeschränkung für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedsländern zunächst für zwei Jahre (wahrscheinlich aber länger) Gebrauch machen werde. In dieser Richtung hatten sich Österreich und Deutschland bereits 2001 geäußert und da-

für allseits heftige Kritik geerntet. Mittlerweile haben sich alle derzeitigen EU-Mitglieder mit Ausnahme Irlands für diese restriktive Linie entschieden.

Die **strukturellen Reformen** gehen weiter, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Derzeit wird vor allem über eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts verhandelt. Die Regelungen für Schicht- und Sonntagsarbeit sollen geändert werden, um die Wettbewerbsposition besonders der Industrie zu stärken. Angestrebt wird ferner eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Das Steuerrecht will man transparenter und klarer gestalten, um die Attraktivität des Standorts Belgien für ausländische Investoren zu erhöhen. Eine weitere Einschränkung der Frühpensionierung ist geplant, um der demographischen Entwicklung durch eine höhere Beschäftigungsrate Rechnung zu tragen. Zugunsten von Forschung und Wissenschaft sind neue Initiativen vorgesehen.

Verkehrspolitisch läuft im März 2004 eine interessante Aktion an. Der von der Regierung auf 1,5 Mrd. € pro Jahr bezifferte Verlust an Arbeitszeit durch Verkehrsstaus und eingeschränkte Kapazitäten der öffentlichen Verkehrsbetriebe soll vor allem im Interesse der Wirtschaft verringert werden. Das gilt vor allem für den Großraum Brüssel, wo sich die Verkehrsprobleme in den letzten Jahren drastisch verschärft haben. Nun können öffentlich Bedienstete sowie solche von Post und Belgacom gratis mit der Bahn zur Arbeit fahren, wobei der Staat einen entsprechenden Ausgleich zahlt; die Staatsbediensteten Flanderns können bereits seit einiger Zeit öffentliche Verkehrsmittel auf dem Weg zum Arbeitsplatz unentgeltlich benutzen. Die Unternehmen sollen bewogen werden, ab 2005 mit der Staatsbahn diesbezügliche Verträge abzuschließen, wobei der Staat 20% der Kosten übernehmen will.

Wirtschaftsentwicklung 2004

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 4¹/₂%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um 2³/₄% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um rund 4%. In **Westeuropa** sowie in der EU-15 erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 2%; im Euroraum und in Deutschland expandiert es um 1³/₄%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 29,5 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 25% mehr als 2003. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,20 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 9% ausgeweitet werden.

In **Belgien** setzt sich die konjunkturelle Erholung bei kräftigem weltwirtschaftlichen Rückenwind fort. Hierauf deutet

auch die Entwicklung der auf der Basis von Umfragen bei Unternehmen und Verbrauchern erhobenen Indikatoren für das Wirtschaftsklima hin. Dabei macht die seit gut 20 Jahren zu beobachtende Verbesserung des politischen und wirtschaftlichen Umfelds, also die Stabilisierung des Landes, weitere Fortschritte. Dabei ist besonders die in Westeuropa allmählich in einen Aufschwung einmündende Entwicklung von Bedeutung, da die außenwirtschaftliche Verflechtung mit den westeuropäischen Volkswirtschaften besonders eng ist, während die Lieferungen in den Dollarraum verglichen mit vielen anderen westeuropäischen Ländern weniger ins Gewicht fallen. Wichtig ist ferner das Aufwärtsschwingen des internationalen Lagerzyklus, von dem die belgische Industrie erfahrungsgemäß infolge ihrer immer noch recht vorproduktlastigen Struktur überdurchschnittlich profitiert. Von der Wirtschaftspolitik sind hingegen insgesamt keine Impulse zu erwarten. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um ca. 2% expandieren, in erster Linie stimuliert von der Ausfuhr. Da die Einfuhr jedoch noch etwas lebhafter zunehmen dürfte und die Verbesserung der Terms of Trade geringer ausfällt als 2003, ist mit einem in Relation zum BIP nicht mehr wesentlich erhöhten Überschuss der Leistungsbilanz zu rechnen. Weniger ausgeprägt, aber sehr deutlich gewinnt die Investitionstätigkeit an Schwung. Das gilt für Ausrüstungs- und Bauinvestitionen gleichermaßen. Der private Konsum dürfte bei kaum noch sinkender Sparquote nur wenig stärker als im Vorjahr expandieren, während der Staatsverbrauch etwas kräftiger zunimmt. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die Lage etwa ab der Jahresmitte nicht weiter. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt bei 8¹/₂% liegen. Der Preisauftrieb, weiterhin gedämpft durch die Importpreise, bleibt moderat. Die Konsumentenpreise werden vermutlich um 1¹/₂% über dem Niveau von 2003 liegen.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen erweist sich als die weitaus dynamischste Komponente auf der Nachfrageseite. Mit etwa 84% am BIP hat er ein im westeuropäischen Vergleich außerordentlich hohes Gewicht und mithin eine ungewöhnlich große Bedeutung für die konjunkturelle Entwicklung. Er dürfte um ca. 5¹/₂% zunehmen; bereits seit letztem Herbst nimmt die Entwicklung der Auftragseingänge einen sehr günstigen Verlauf. Wesentlicher stimulierender Faktor ist der weltweite Wirtschaftsaufschwung im Allgemeinen und die Konjunkturerholung in Westeuropa im Besonderen, wohin rund drei Viertel der Warenlieferungen und ein noch höherer Prozentsatz der Dienstleistungsausfuhr gehen. Demgegenüber wiegen die bremsenden Effekte der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar weniger schwer, zumal sie im Laufe des Jahres schwächer werden. Günstig ist, dass die Lohnstückkosten nicht nennenswert stärker steigen als der westeuropäische Durchschnitt. Ferner profitiert die Wirtschaft infolge der vorproduktlastigen Industriestruktur von dem aufwärts schwingenden Lagerzyklus in Europa. Und schließlich kommt welt-

weit auch der Investitionszyklus in Gang, was von erheblicher Bedeutung ist, da Belgien mit einem Anteil von rund 3% an der Weltausfuhr einen in Relation zum BIP überdurchschnittlich hohen Anteil hält. Günstig ist ferner, dass die Industrie von internationalen Konzernen dominiert wird, die hier in ihrem weltweiten Verbund produzieren und für den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sorgen. Und schließlich liegen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung mit 2,2% des BIP (2002) etwas über dem EU-Durchschnitt, was zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts beiträgt. Die **Einfuhr** (Anteil am BIP ca. 80%) dürfte etwas dynamischer als der Export wachsen. Weil zudem die Verbesserung der Terms of Trade spürbar geringer sein wird als 2003, dürfte die **Leistungsbilanz** einen nur noch schwach auf knapp 5¹/₂% des BIP steigendes Aktivum ausweisen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (ca. + 2³/₄%) kommen deutlich in Schwung, und zwar auf breiter Front. Stimulierend wirken neben der zunehmenden Produktion sowie verbesserten Absatz- und Ertragsersparungen auch die höhere Auslastung der Kapazitäten. Das gilt besonders für die Ausrüstungsinvestitionen. Zwar wird es erst im späteren Verlauf des Jahres allmählich wieder zu einer Ausweitung der Kapazitäten kommen. Aber in die Rationalisierung und den Ersatz veralteter Anlagen wird deutlich mehr investiert. Das gleiche gilt für IT-Ausrüstungen, bei denen seit Anfang dieses Jahrzehnts ein Nachholbedarf entstanden ist, der 2003 erst teilweise gedeckt worden war. Auch die Bauinvestitionen entwickeln erhebliche Dynamik. Vor allem die öffentliche Hand investiert wesentlich mehr als im Vorjahr, das noch von rezessiven Tendenzen geprägt war. So läuft heuer der neue mittelfristige Investitionsplan der Staatsbahnen, die seit Jahren durch umfangreiche Investitionen die Bauproduktion wesentlich stützen, an, der durch erheblich höhere öffentliche Zuwendungen als bisher alimentiert wird. Außerdem sind heuer Wahlen zu den Regionalparlamenten fällig, was die Investitionsfreudigkeit der

Gebietskörperschaften erfahrungsgemäß hebt. Beim Wohnungsbau – und hierauf weisen auch die seit Mitte 2003 spürbar steigenden Baugenehmigungen hin – verstärkt sich die Aufwärtsentwicklung, obwohl der soziale Wohnungsbau nicht nennenswert ausgeweitet wird, trotz des ambitionierten mittelfristigen Programms (15 000 Wohnungen während der Jahre 2001/2004) der flämischen Regionalregierung und die Aufwendungen für Renovierungsarbeiten weiterhin um etwa 2% expandieren. Anregend wirken die immer noch günstigen Finanzierungsbedingungen, die rascher steigenden realen verfügbaren Einkommen sowie die Verbesserung der konjunkturellen Aussichten. Die Verschiebung vom Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern hin zu Wohnungen setzt sich bei gleichzeitiger langsamer Verringerung der Wohnfläche fort. Auch der industriell-gewerbliche Bau kommt auf Touren. Das gilt hauptsächlich für Geschäfts- und Bürobauten, in die nach dem scharfen Einbruch im vergangenen Jahr deutlich mehr investiert wird mit Blick auf die im Zuge der konjunkturellen Erholung anziehenden Nachfrage.

Der **private Konsum** nimmt mit 1³/₄% etwas lebhafter zu als im Vorjahr. Denn die Reallöhne steigen schneller als zuvor, und die Einkommensteuer wird weiter gesenkt. Auch sind die Zinsen niedrig, und die konjunkturellen Aussichten werden besser, so dass der im zweijährigen Turnus stattfindende Brüsseler Automobilsalon den Absatz von PKW beflügeln dürfte. Zudem regt der zunehmende Wohnungsneubau den Absatz von Einrichtungsgegenständen an. Aber die Beschäftigung belebt sich erst im zweiten Halbjahr, die Arbeitslosigkeit bleibt hoch, und die Sparquote dürfte etwa auf ihrem vergleichsweise hohen Stand verharren, was einem kräftigen Konsumaufschwung entgegensteht. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte neuerlich in einer Größenordnung von 1³/₄% ausgeweitet werden, was sich mit den erheblich höheren Ausgaben für das Gesundheitswesen sowie für Justiz und Polizei erklärt.

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2002	2003 ^{a)} EU ^{d)}	2004 ^{a)}				2005 ^{a)}	
			IRES ^{b)}	BFP ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,8	2,7	1,6	1,8	1,9	2,3	2,8
Inlandsnachfrage	0,8	0,9	2,3	1,9	1,9	2,0	2,4	2,5
Privater Verbrauch	0,8	1,6	1,8	1,6	1,6	1,8	2,2	2,1
Staatsverbrauch	2,0	1,7	1,5	1,6	2,0	1,9	1,8	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	- 2,5	- 0,3	3,5	3,2	2,0	2,9	3,6	4,7
Exporte ^{f)}	1,0	- 1,1	6,4	4,0	2,2	4,7	4,2	6,9
Importe ^{f)}	1,2	- 1,1	6,0	4,6	2,3	4,9	4,4	6,7
Industrieproduktion (ohne Bau)	1,3	0,7	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	1,6	1,5	1,5	1,4	1,6	1,4	1,9	1,4
Arbeitslosenquote	7,3	8,2	8,8	8,8	8,3	8,5	7,8	8,2
Leistungsbilanz (Saldo) ^{g)}	4,5	5,2	n.a.	3,9	4,5	5,5	4,2	6,0
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	0,1	0,2	0,2	n.a.	- 0,4	0,0	- 0,4	- 0,5

^{a)} Schätzungen (EU). – ^{b)} Institut de Recherches Economiques et Sociales, Louvain-la-Neuve, vom Dezember 2003. – ^{c)} Bureau Fédéral du Plan, Brüssel, vom September 2003. – ^{d)} Kommission der EU, Brüssel, vom November 2003. – ^{e)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom Dezember 2003. – ^{f)} Güter und Dienstleistungen. – ^{g)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Auf dem **Arbeitsmarkt** wird das zyklische Tief mit der üblichen Verzögerung gegenüber der konjunkturellen Entwicklung durchschritten. Im Laufe des zweiten Halbjahrs nimmt die Beschäftigung allmählich wieder zu (wozu auch das mittelfristige Programm zur Schaffung von 60 000 neuen Arbeitsplätzen während der Jahre 2003/2007 beiträgt), obwohl der Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie weitergeht und die öffentliche Hand ihren überbesetzten Personalbestand verringern will. Ob die neu eingeführte negative Einkommensteuer, welche den Abstand zwischen Arbeitslosenunterstützung und Mindestlohn verringert, vermehrt Arbeitslose zur Arbeitsaufnahme bewegen kann, lässt sich noch nicht beurteilen. Die Arbeitslosigkeit geht nur langsam zurück. Im Jahresdurchschnitt dürfte jedoch eine gegenüber 2003 etwa stagnierende Zahl der Beschäftigten und eine im Jahresmittel bei 8¹/₂% liegende Arbeitslosenquote resultieren. Die Tendenz zur Teilzeitarbeit dürfte auch hier weiter zunehmen. Aus der Osterweiterung der EU zum 1. Mai 2004 erwächst keine zusätzliche Belastung des Arbeitsmarktes durch Zuwanderer, da von den hierfür möglichen Beschränkungen Gebrauch gemacht wird.

Die **Preisentwicklung** bleibt moderat aufwärts gerichtet. Hierauf lässt auch die Entwicklung der Erzeuger- und Großhandelspreise schließen, weil die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar stabilisierend wirkt und die Lohnstückkosten nur schwach zunehmen. Nennenswerte Anhebungen indexrelevanter indirekter Steuern und Abgaben sind nicht geplant. Und noch ist die Konjunktur nicht soweit in Fahrt gekommen, dass die Gewinnmargen schon wieder in größerem Umfang ausgeweitet werden können. Die Konsumentenpreise (HVP) dürften im Jahresdurchschnitt neuerlich um 1¹/₂% steigen.

Wirtschaftsentwicklung 2005

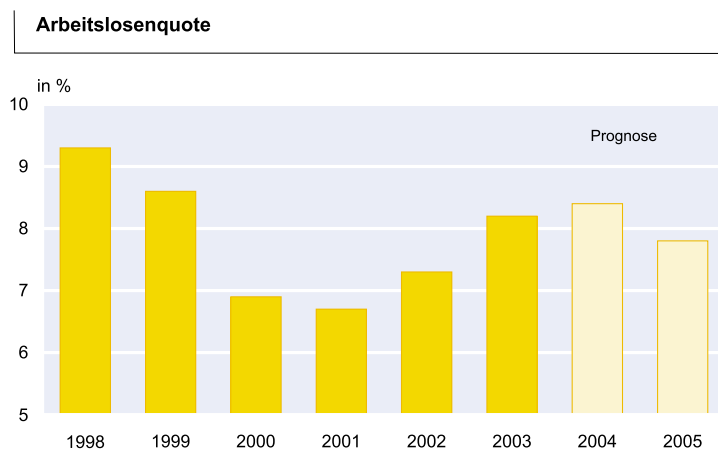
Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 3¹/₂%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um 1³/₄% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 4¹/₄%. In **Westeuropa** und der EU-15 erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₂%; im Euroraum und in Deutschland expandiert es etwas weniger kräftig. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt wieder bei 29,5 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 20% mehr als 2004. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,25 bis 1,35 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 8% ausgeweitet werden.

In **Belgien** setzt sich die Expansion von Nachfrage und Produktion bei ungefähr konjunkturneutral wirkender Wirtschaftspolitik bis weit in das Jahr hinein in tendenziell we-

nig verändertem Tempo fort. Wegen des außergewöhnlich hohen Exportanteils am BIP geschieht dies ganz überwiegend in Abhängigkeit von der Ausfuhrentwicklung. Diese, weiterhin kräftig stimuliert vom weltweiten Wirtschaftsaufschwung, weist neuerlich trotz weiter steigendem Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar die höchste Dynamik aller großen Nachfrageaggregate aus, obwohl die kräftigen Impulse vom internationalen Lageraufbau entfallen. Da der Import etwa gleich oder etwas weniger lebhaft ausgeweitet wird, nimmt das Aktivum der Leistungsbilanz trotz kaum noch verbesserter Terms of Trade nochmals zu. Bei den inländischen Nachfragekomponenten weisen die Bruttoanlageinvestitionen den größten Schwung auf, wesentlich bedingt durch die von mehreren Faktoren begünstigte Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen. Aber auch die Bauproduktion expandiert kräftig. Der private Konsum wird durch rascher steigende Reallöhne, sinkende Sparquote und steigende Beschäftigung deutlich angeregt, während der öffentliche Verbrauch etwa wie zuvor zunimmt. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte sich um 2³/₄% erhöhen. Unter diesen Bedingungen geht die Arbeitslosigkeit schneller als im Vorjahr zurück, und die Arbeitslosenquote sinkt auf 7³/₄% im Jahresdurchschnitt. Die Teuerung entwickelt sich im weiteren Verlauf des Jahres allmählich rascher, so dass die Konsumentenpreise um 1¹/₂% über dem Niveau von 2004 liegen dürften.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen dürfte um 6³/₄% expandieren, stimuliert von der immer noch deutlich aufwärts gerichteten Weltkonjunktur und nur wenig gedämpft durch den erneut gegenüber den Währungen des Dollarraumes aufwertenden Euro. Gegenüber dem Schnitt der westeuropäischen Volkswirtschaften wird sich die Situation bei den Lohnstückkosten nicht nennenswert verschlechtern. Zwar ist in den USA nach den Präsidentschaftswahlen eine weniger expansive Wirtschaftspolitik und damit ein nicht mehr so lebhaftes Wirtschaftswachstum zu erwarten. Aber in Ost- und Südostasien sowie in Europa (dem – einschließlich Mittel- und Osteuropas – mit etwa vier Fünfteln der Lieferungen weitaus wichtigsten Absatzmarkt) erhöhen sich Nachfrage und Produktion stärker als 2004. Hiervon betroffen ist die gesamte Breite der Exportpalette, von Vorprodukten über Investitionsgüter bis zu den Konsumgütern. Das gilt infolge des weltweit immer noch aufwärts schwingenden Investitionszyklus besonders für die Lieferung von Investitionsgütern mit ihrem relativ hohen Ausfuhranteil. Allerdings klingt der 2004 vom internationalen Lageraufbau ausgehende, durch die vorproduktlastige Industriestruktur bedingte Impuls rasch ab. Die **Einfuhr** dürfte etwas schneller als die Ausfuhr wachsen. Bei kaum noch verbesserten Terms of Trade ist daher mit einem Überschuss der **Leistungsbilanz** in der Größenordnung von 5³/₄% des BIP zu rechnen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (etwa + 4¹/₂%) werden die Konjunktur kräftig stützen. Das gilt besonders für die Aus-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

rüstungsinvestitionen infolge einer Reihe günstiger Faktoren. So sind die Zinsen trotz steigender Tendenz immer noch niedrig und die Finanzinstitute auch zu riskanteren Engagements durchaus in der Lage. Die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie nimmt weiter zu und überschreitet den langfristigen Durchschnitt, so dass auch wieder mehr Erweiterungsinvestitionen vorgenommen werden. Zudem verbessert sich bei expandierender Produktion die Ertragslage, auch weil die Körperschaftssteuer weiter gesenkt wird; diese Steuererleichterung wird sukzessive bis 2007 fortgesetzt. Ertrags- sowie Absatzerwartungen bleiben günstig. Der restliche Nachholbedarf aus den Jahren der Investitionsrezession 2002/2003 wird gedeckt. Ferner stimuliert der forcierte Ausbau der Übertragungsnetze für die dritte Mobilfunkgeneration. Und schließlich zwingt der noch schärfer werdende internationale Wettbewerb zu verstärkter Rationalisierung und zum Ersatz veralteter Anlagen. Die Bauinvestitionen nehmen leicht unterdurchschnittlich, aber auf breiter Front lebhaft zu. Das gilt in erster Linie für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, einschließlich der im Zuge des mittelfristigen Investitionsplan durch zusätzlich staatliche Mittel finanziell gestärkten Staatsbahn. Auch im Gesundheitswesen wird mehr investiert. Den industriell-gewerblichen Bau stimulieren die kräftig zunehmenden Ausrustungsinvestitionen sowie die erhöhte Nachfrage nach modern ausgestatteten Büro- und Geschäftsbauten. Der Wohnungsbau zieht nochmals an. Denn die Einkommenslage der privaten Haushalte bessert sich nochmals, die Finanzierungsmöglichkeiten sind immer noch günstig, und das konjunkturelle Umfeld stimmt optimistisch.

Der **private Konsum** wird um $2\frac{3}{4}\%$ ausgeweitet. Die Reallohne steigen deutlich, die Einkommensteuersätze sinken nochmals (überdurchschnittlich dürften Geringverdiener hiervon profitieren; ihre marginale Konsumquote ist sehr hoch), und die Sparquote normalisiert sich im Zuge des weiteren konjunkturellen Aufschwungs allmählich wieder. Außerdem,

und das ist sehr wichtig, bessert sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt etwas rascher, wobei vor allem die Beschäftigung zunimmt. Die immer noch günstigen Zinsen erleichtern vermehrte Anschaffungen vornehmlich dauerhafter Güter. Obwohl in Jahren mit ungeraden Zahlen der verkaufsfördernde Brüsseler Automobilsalon nicht stattfindet, dürften die Neuzulassungen von Pkw weiter anziehen. Auch beflügelt der lebhafte Wohnungsneubau den Absatz von Einrichtungsgegenständen. Und schließlich wird nochmals mehr Geld für IT-Geräte ausgegeben nun, da sich die dritte Generation des Mobilfunks zunehmend durchsetzt. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte neuerlich um $1\frac{3}{4}\%$ zunehmen. Überdurchschnittlich steigen weiterhin die Ausgaben für Polizei und Justiz, vor allem aber für das Gesundheitswesen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Situation stetig. Die Beschäftigung nimmt merklich zu (überdurchschnittlich bei Teilzeitstellen), wobei auch das mittelfristige, zwischen Regierung und Sozialpartnern vereinbarte Beschäftigungsprogramm eine Rolle spielt. Eine Belastung des Arbeitsmarktes durch Zuwanderer aus den neuen EU-Mitgliedsländern ist nicht zu befürchten. Denn die Regierung hat Zugangsbeschränkungen erlassen, wie sie in fast allen anderen alten EU-Ländern auch beschlossen worden sind. Diese gelten zunächst bis Mai 2006. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf $7\frac{3}{4}\%$ zurück gehen und damit etwas unter dem EU-Durchschnitt liegen.

Die **Konsumentenpreise** (HVPi) erhöhen sich im weiteren Verlauf des Jahres etwas stärker. Denn die stabilisierenden Effekte der Euro-Aufwertung werden schwächer, und die günstige Konjunkturlage ermöglicht es den Unternehmen vermehrt, ihre Gewinnspannen auszuweiten. Da andererseits keine nennenswerten Anhebungen von indirekten Steuern und Abgaben abzusehen sind und der Wettbewerb in dieser sehr offenen Volkswirtschaft sehr lebhaft bleibt, dürfte die Inflationsrate im Schnitt des Jahres bei $1\frac{1}{2}\%$ liegen.

Abgeschlossen am 10. März 2004